

Zonenschriftsteller schwiegen

Diskussion in Hamburg — Frage nach den Inhaftierten des Regimes

Mit dem Einverständnis der Gesprächsteilnehmer, die Diskussion zwischen den deutschen Schriftstellern in Ost und West fortzusetzen, endete in Hamburg eine zweitägige Begegnung des „PEN-Zentrums Ost und West“, zu der die Redaktion der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ in den großen Hörsaal der Hamburger Universität eingeladen hatte. Die Zuhörer, überwiegend Studenten, folgten der Diskussion, in der sich der ganze Ost-West-Gegensatz widerspiegelte, mit gespannter Aufmerksamkeit. Die Debatte verlief zuweilen turbulent. Es gab lauten Beifall sowie lebhafteste Proteste, vor allem gegen Ausführungen des Ostberliner Geschichtsprofessors Kamnitzer.

Hamburg (Eigenbericht)
Kamnitzer, Mitglied des „PEN-Zentrums Ost und West“, das als seinen Leitspruch ein Bekenntnis zur „Unteilbarkeit der deutschen Literatur“ führt, setzte sich für die Zensur aller literarischen Erzeugnisse in der Sowjetzone ein. Er sagte, das System der Freiheit „bis zur Selbsterfleischung“ sei in der Weimarer Republik bis ins äußerste Extrem geführt worden.

Totgeschwiegen

Reich-Ranicki, der erst vor zwei Jahren aus Polen in die Bundesrepublik kam und bei diesem Gespräch als der klarste Verfechter der Freiheit auftrat, packte die zonalen Gesprächspartner am Portée und zitierte die PEN-Charta, die vorsieht: Literatur soll keine Landesgrenzen kennen und frei sein von politischen Leidenschaften. Die PEN-Mitglieder verpflichten sich, Rassen-, Klassen- und Völkerhaß zu bekämpfen und jeder Art der Unterdrückung der Meinungsfreiheit entgegenzutreten. Aber wie stehe es denn jenseits des Eisernen Vorhangs um diese entscheidenden Postulate?

Die Weltliteratur des 20. Jahrhunderts wird in Mitteldeutschland totgeschwiegen, meinte Reich-Ranicki, und be-

wies es. Nicht nur die westliche, sondern sogar die moderne Literatur des Ostens.

In Zuchthäusern der Zone

Nachstehend die Namen der politischen Häftlinge, die in die Kompetenz des „PEN-Zentrums Ost und West“ fallen; die Zahlen sind das Maß ihrer Strafe:

Erich Loest (Schriftsteller) 8 Jahre.

Dr. Ralph Schröder (Sprachwissenschaftler) 9 Jahre.

Dr. Wolfgang Harich (Philosoph) 10 Jahre.

Fritz Ruff (Schriftsteller) 10 Jahre.

Dr. Lucht (Sprachwissenschaftler) 8 Jahre.

Heinz Kleinfeld (Journalist) 10 Jahre.

Hermann Mülnig (Redakteur) 12 Jahre.

Lothar Böttcher (Journalist) 15 Jahre.

Kurt Wallich (Redakteur) 15 Jahre.

Kafka, Proust, Jessenin, Majakowsky — wo sind sie? Weiter: Steht nicht der „sozialistische Realismus“, ein politisches Phänomen, im Widerspruch zur PEN-Charta? Ferner: Gibt es nicht eine wirksame Zensur? Und schließlich: „Was haben unsere Freunde vom PEN-Club getan, um die Freilassung der

inhaftierten Schriftsteller in der Zone zu erreichen?“

Beschämende Antwort

Die Antworten der Zonenvertreter auf diese harten Fragen waren beschämend. So wichen sie aus: Auch Literaten dürften sich nicht über das Gesetz stellen, überdies seien Staat und PEN-Zentrum verschiedene Dinge. Die Frage nach dem Verbleiben des 1956 von Ulbricht inhaftierten „SED-Ideologen“ Wolfgang Harich, dessen „Titoistischer Kurs“ den Zonenmachern nicht paßte, beantwortete Maier mit dem Argument, der ungarische Schriftstellerverband habe die Freilassung zweier seiner inhaftierten Mitglieder erreicht.

Der Frankfurter Schriftsteller Enzensberger forderte die Literaten aus Ostberlin auf, sich für die Freilassung aller inhaftierten Autoren einzusetzen, bat aber die Zuhörer, sie sollten darauf verzichten, von den östlichen Vertretern eine Stellungnahme zu dieser Frage zu erwarten. „Die armen Leute“, sagte Enzensberger mit einem Blick auf seine zonalen Kollegen, „können doch hier nicht erklären, was sie dem (SED-Staatssekretär) Girnus und solchen Burschen zu Hause sagen werden.“

Und dann eine weitere Antwort auf Reich-Ranickis Frage „Warum Kafka in der Zone nicht gelesen werden kann“: „Das ist eine Sache der Devilsen.“ Als der „Zeit“-Verleger Bucarius anbot, er werde eine östliche Kafka-Ausgabe finanzieren, wick Hans Mayer indes aus: „Das ist natürlich eine politische Frage...“ Brausendes Gelächter im überfüllten Hörsaal...

Die Reise nach USA

K. W. B. Viele Reisen hat Bundeskanzler Adenauer auf sich genommen, um Politik für Deutschland zu treiben. Seine persönlichen Erfolge hierbei waren Erfolge für Deutschland, das alle Mühe hatte, vom bösen Zerstörer zum geachteten Partner in der Völkerfamilie zu werden. Insbesondere die hohe Wertschätzung als Freund und Verbündeter, die die Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinigten Staaten erlangt hat, ist in hohem Maße dem Umstand zuzuschreiben, mit dem Amerika Adenauer und das neue Deutschland identifiziert hat. Aber die neue Reise, die der Bundeskanzler jetzt antritt, ist doch nicht nur ein neues Glied in der Kette von vielen Begegnungen. Adenauer fährt zu Kennedy. In der vieljährigen Geschichte der neuen deutsch-amerikanischen Beziehungen wird damit ein neues Blatt aufgeschlagen. Zwar hat die freundliche Zuneigung zu Deutschland bisher nie den Charakter von parteipolitischen Bevorzugungen gehabt; denn zu den Freunden Deutschlands gehören die bedeutenden Repräsentanten beider amerikanischen Parteien gleichermaßen. Doch die achtjährige Regierungszeit Eisenhowers hat es mit sich gebracht, daß aus dem Gesichtskreis der erkennbaren Kontakte die Männer um Truman verdrängt wurden, die den Grundstein zu der deutsch-amerikanischen Allianz gelegt hatten. Man weiß zwar aus der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, daß sich zwischen Adenauer und Dulles ein besonders herzliches Vertrauensverhältnis entwickelt hatte; aber man sollte sich erinnern, daß der Bundeskanzler mit Trumans demokratischem Außenminister Acheson in den ersten sehr viel schwierigeren Jahren das Eis erst gebrochen hat.

★

Um so dankbarer wird der Bundeskanzler gewesen sein, unter der großen Gruppe der Sonderberater, die Amerikas neuer Präsident um sich geschart hat, auch Dean Acheson zu entdecken. Da der frühere Außenminister Trumans noch dazu beauftragt ist, die Strategie der NATO zu überprüfen

und ein amerikanisches Konzept für eine Intensivierung der NATO zu entwickeln, hatte sich der Bundeskanzler Acheson einen Tag vor seiner Reise zu einem ausführlichen Gespräch nach Rhöndorf eingeladen.

★

Kontinuitätlichkeit im deutsch-amerikanischen Bündnis — das ist das Ziel der neuen Amerika-Reise Adenauers. Gewiß gibt es nicht die mindesten Anhaltspunkte dafür, daß diese Konstante der deutschen Nachkriegspolitik irgendwo gefährdet oder in Zweifel gezogen würde. Aber gerade das Gerede um die „jungen Männer“ in der neuen amerikanischen Politik und um die Überprüfung der amerikanischen Beziehungen und Bündnisse hat doch auch Befürchtungen in Deutschland geweckt, wonach sich mit der Stilwandlung auch die grundsätzlichen Wertschätzungen verschieben könnten.

Der Bundeskanzler gehört freilich nicht zu denen, die von den „jungen Männern“ in Amerika Wandlungen solcher Art erwarten oder gar befürchten. Zudem haben die zehn Wochen seit Kennedys Amtsübernahme auch schon manche Zeugnisse dafür erbracht, daß die amerikanische Regierung in den uns bewegenden Deutschland- und Berlin-Problemen härter noch als die Eisenhowers zu sein und zu verfahren gedenkt. Doch der Strom von Ideen, der aus dem großen Kreis der meist professoralen Berater Kennedys in das politische Nachdenken und Planen eingezogen ist, macht einstweilen noch die Erkenntnis über das, was wirklich geschehen wird, schwer. Es kommt hinzu, daß die Diskussion darüber in Amerika gegenwärtig die Szene belebt, ob in Deutschland möglicherweise alle Restbestände nationalistischen Denkens virulent oder gar Neuerweckungen längst vergangener Stimmungen möglich sind. Wenn in solche Sentiments hinein, die auch der Dienstag beginnende Eichmann-Prozess nährt, der Bundeskanzler als der bewährte Repräsentant eines neuen demokratischen Deutschlands kommt, wird das beiden Seiten nur gut tun.

★

Nun findet diese neue Begegnung mit Amerikas Führung unmittelbar nach den langen

Gesprächen statt, die Kennedy mit Englands Premier Macmillan gehabt hat. Das wird ihren Wert beträchtlich steigern; denn in den amerikanisch-britischen Unterhaltungen sind offensichtlich politische Übereinstimmungen erarbeitet worden, auf denen das Adenauer-Gespräch nur aufzubauen braucht. Man glaubt, den britischen Premier noch niemals so entschlossen zur europäisch-atlantischen Einigkeit und zur Festigkeit in der Berlin-Frage gesehen zu haben wie nach den Gesprächen mit Kennedy. Auch Macmillan hatte in Washington das Gewicht eines Traditionsverhältnisses auf die Waagschale zu legen. Man muß erwarten, daß Adenauers Gespräche in Washington von einem ebenso sachlichen Temperament bestimmt sein werden.

★

Es ist eine müßige Frage, sich im voraus Gedanken zu machen, ob der alte Adenauer, der Kennedys Großvater sein könnte, es mit dem jungen Präsidenten der Vereinigten Staaten „können“ wird. Der Respekt, den der Junge dem Alten gewiß zollen wird, braucht die harte Sachlichkeit nicht zu lähmen, mit der darüber gesprochen werden muß, wie aus dem bloßen Freundschaftsverhältnis zwischen den beiden Staaten ein kraftvolles Funktionieren zu beider Nutzen werden soll. Dies zu erwirken, ist aber ebenso der Wunsch des jungen Kennedy wie des alten Adenauer. Was aus der NATO werden soll, wie sie zum Besten des Westens am zweckmäßigsten zu organisieren und zu bewaffnen sei, wie das innereuropäische Gegeneinander zu überwinden, wie mit der neuen Strategie der NATO das Konzept zur allgemeinen kontrollierten Abrüstung zu beschleunigen, wie in diesen Fragenkomplex die Politik um Deutschland und Berlin einzuordnen sei — man kann sich vorstellen, daß die beiden Staatsmänner hierüber konkreter werden sprechen können als in mancher früheren deutsch-amerikanischen Begegnung.

★

Der Kanzler sucht in Amerika keinen Augenblickserfolg. Nie war eine Reise weniger eine Wahrreise als diese neue Ame-

(Fortsetzung auf Seite 3)

Krummacher: Schweigen wäre Unrecht

Evangelische Kirchen betonen Einheit — Pankow zwischen Entgegenkommen und Härte

ae. Berlin (Eigenbericht)

Die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland wurde auf mehreren Landessynoden in der Sowjetzone in besonderen Erklärungen von neuem betont. Diese Synoden sind zusammengetreten, nachdem die Generalsynode der EKD im Februar in Berlin mit ihren Neuwahlen der Mitglieder des Rates und seines Vorsitzenden einen neuen Abschnitt im Leben der evangelischen Kirche eingeleitet hatte. Es ist deshalb bemerkenswert, daß dieser Abschnitt nun auch von mitteldeutschen Landessynoden mit unbeirrbareren Äußerungen zur Kontinuität der in der Ära Dibelius festgestellten Einheit des deutschen Protestantismus begonnen wurde.

Weiche Welle?

Bischof Jänicke (Magdeburg) sagte in Halle: „Die Einheit der EKD ist ein unaufgebbares Anliegen, nicht in erster Linie aus Treue zu dem geschichtlich gewordenen, sondern vor allen Dingen, weil uns Gott nicht aus dem Auftrag entläßt, in unserem getrennten Volk die Brückenfunktion wahrzunehmen.“ Und Oberkirchenrat Fischer betonte in Dessau, die Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit sei stärker als alle politischen, ge-

sellschaftlichen und staatlichen Unterschiede.

Aber es standen in Halle und Dessau auch noch andere Probleme zur Debatte, und zwar in erster Linie die Frage des Verhältnisses der Kirche zum Sowjetzonenstaat. An Hand der Äußerungen führender Kirchenmänner in der Sowjetzone einerseits wie auch des Pankower Staatssekretärs für Kirchenfragen, Seigewasser, andererseits kann man einen taktischen Kurswechsel der SED ablesen. Angesichts der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich der Ulbricht-Staat befindet, scheint man in Pankow nun auch der Kirche gegenüber ebenso wie auf anderen Gebieten wieder einmal den Schalter „Weicher Kurs“ bedient zu haben.

So hat sich Seigewasser in einer Aussprache mit über 100 christlichen Bürgern der Kreise Schleiz und Lobenstein dahingehend geäußert, wer Christen diffamiere oder benachteilige, handle gegen den Willen der Regierung. „In unserem Staat gibt es keine Privilegien mehr, jeder Bürger ist gleichberechtigt. Niemand wird verlangen, daß ein Christ, der ehrlichen Herzens den Sozialismus aufbauen hilft, seinen Glauben verleugnen oder aus der Kirche austreten soll“, sagte Seigewasser. Kirchlicherseits wurde dazu geäußert, man würde es lebhaft begrüßen, wenn die Worte des Staatssekretärs künftig auch für das Verhalten der politischen Funktionäre maßgebend wären.

Auch Oberkirchenrat Fischer berichtete über Gespräche, die zum Zweck normaler Beziehungen zwischen Staat und Kirche geführt worden seien. Fischer betonte, die Kirche werde für diese wichtige Aufgabe auch weiter Kraft und guten Willen aufbieten. Ebenso erklärte der sächsische Bischof Jänicke: „Man hat sich sichtlich um ein gutes Verhältnis zur Kirche bemüht, und das ist hilfreich gewesen.“ Andererseits seien die Christen in der „DDR“ immer wieder aufgerufen: „Wagt es doch mit Euren Familien, mit Euren Kin-

dern als Christen bekannt zu sein!“

Absage an Fuchs

Beachtung verdient ferner die Teilnahme von Präses Scharf an der Hallenser Synode. Damit ist zum erstenmal seit Jahren der Vorsitzende des Rates der EKD wieder als Repräsentant der gesamtdeutschen Kirche in den Gemeinden der Sowjetzone erschienen. Scharf hat in Halle eine wichtige Klarstellung vorgenommen, indem er sich und die Kirche unmißverständlich von dem Leipziger Theologen und „fortschrittlichen“ Kirchenpolitiker Professor Fuchs, dem Vater des Atomspions Klaus Fuchs, distanzierte. Professor Fuchs könne nicht als Sprecher der evangelischen Kirche aufreten.

Ferner wurde von der provinziälsächsischen Synode beschlossen, ein Schreiben Bischof Krummachers an Ulbricht über das Verhältnis des Christen zum ideologischen Kurs in der Zone bekanntzugeben, das bereits vom 24. November 1960 datiert, aber wie viele andere kirchliche Briefe an Ulbricht ohne Antwort geblieben ist.

In dem Brief sagte Krummacher: „Schweigen wäre unrecht.“ Das Verständnis von Recht und Gerechtigkeit in einem sozialistischen Staatswesen habe seine Norm an einer Sittlichkeit, die dem Sozialismus dient, während der Christ für sein persönliches und öffentliches Handeln an die Gebote Gottes gebunden sei, erklärte Krummacher darin weiter. Vor allem in dieser Frage würden ernste Fragen und Besorgnisse den Erklärungen Ulbrichts gegenüber für die Kirche aufbrechen. Ein Gleiches gelte für Ehe und Familie und die Erziehung der Kinder.

Wenn man diesen Brief liest und sich außerdem an das willkürliche Verbot freier Kirchenzeitleitungen in der Sowjetzone erinnert, zeigt sich allerdings allzu deutlich, welche scharfen Ecken und Kanten, auch noch ein augenblicklich weicher Kurs hat, auf dem das Ulbricht-System zwischen Entgegenkommen und Härte schwankt.

Die Reise nach USA

(Fortsetzung von Seite 2)

rikafahrt Adenauers. Vielleicht hat dergleichen Brandt im Auge gehabt, als er vor einigen Wochen die Amerikaner für die Meinung gewinnen wollte, auch ein Regierungswechsel in der Bundesrepublik ändere nicht die deutsch-amerikanische Freundschaft, die Adenauers Politik geschaffen hat. Der Bundeskanzler will freilich mit seinen politischen Unterhaltungen erkunden, ob die deutsch-amerikanische Freundschaft ein Faktor von Dauer ist. Ein Faktor, der die Völker mehr als die Regierungen angeht. Der Weg nach Amerika ist für Deutschland längst kein Abenteuer mehr.

Keinen Heller

DT. „Technischer Angestellter Adolf Eichmann, Buenos Aires / Argentinien, zur Zeit in Haft in Israel, beklagt die Bundesrepublik Deutschland ... auf Übernahme der Verteidigungskosten.“ Man möchte die kurze, in dünnen bürokratischen Worten gehaltene Verfahrensankündigung an jenem Kölner Gerichtssaal, in dem der „Kleine Eichmann - Prozeß“ verhandelt wurde, fast für einen makabren Aprilscherz halten. Der Mörder von fünf Millionen Juden, der mit seinen Untaten das entsetzliche Unheil, das über das deutsche Volk hereingebrochen ist, im wesentlichen mitverschuldet hat, klagt gegen die Bundesrepublik Deutschland. Er bittet nicht in Bescheidenheit um Hilfe, nein, er fordert Geld, und er bemüht dazu die Gerechtigkeit, die er seinen unglücklichen Opfern millionenfach vorenthielt.

Vielleicht fordert auch nur sein Anwalt die Summe von etwa 120 000 Mark, nachdem er

USA helfen Senegal

Dakar (ap/upi). Der amerikanische Vizepräsident Johnson hat dem Ministerpräsidenten von Senegal, Dia, die Hilfe der USA bei der Finanzierung des senegalesischen Vierjahresplans zugesichert. Johnson hatte an den Unabhängigkeitsfeiern in Dakar teilgenommen.

nun einmal die Verteidigung eines so berühmten Mandanten übernommen hat. Das ändert grundsätzlich nichts. Die Bundesbürger in ihrer Gesamtheit, die, welche Gesundheit und Vermögen im Dritten Reich geopfert, welche nahe Verwandte verloren, diejenigen, welche Widerstand bis zum Äußersten leisteten, aber auch die Mitläufer und „Belasteten“, welche dafür in irgendeiner Form gebüßt haben, sie sollen nun zahlen, um jenem Mann zu helfen, der an ihrer aller Unglück maßgeblich schuld hat.

120 000 Mark wären gewiß ein Pappentiel für die Bundeskasse. Man würde damit zwar den Kopf des SS-Obersturmbannführers kaum retten, aber nicht wenige sähen wenn der Bund diese Summe zahlte,

Recht und Gerechtigkeit in der Demokratie einmal mehr bestätigt.

Man kann nur froh darüber sein, daß das Gericht ein Urteil gesprochen hat, welches die Weigerung des Außenministers von Brentano für Rechtsens erklärt, auch nur einen roten Heller für Eichmann zu zahlen. So entgehen wir wenigstens dem Odium heimlicher oder gar offener Sympathie für den so-

genannten „Endlöser“. In dieser so schlimmen Sache kommt es überhaupt nicht auf Geld, sondern allein darauf an, daß wir uns klug verhalten: Bescheidenheit, Takt und politisches Geschick werden in den nächsten schweren Wochen, da der Eichmann - Prozeß als Politikum ersten Ranges über die Bühne rollt, das einzige sein, was wir für uns in die Waagschale zu werfen vermögen.

Deutschlandfrage im Mittelpunkt

Kennedy und Macmillan: Lage Berlins sorgfältig überwachen!

Washington (upi/dpa). Präsident Kennedy und der britische Premierminister Macmillan sind übereinstimmend der Auffassung, daß die Lage in Berlin ständig sorgfältig überwacht werden muß, damit der Westen auf jeden sowjetischen Schritt vorbereitet ist. Von unterrichteter Seite verlautete, dies sei bei einer Erörterung der Berlin-Frage während der englisch-amerikanischen Besprechungen zum Ausdruck gekommen.

Wie weiter bekannt wurde, rechnen beide Seiten damit, daß der sowjetische Druck auf Berlin gegen Ende dieses Jahres zunehmen wird. Sowohl Kennedy als auch Macmillan hätten erklärt, es wäre unklug, die Ansicht des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow, daß etwas in Berlin geschehen müsse, einfach zu ignorieren.

Die Berlin-Frage sowie das Deutschland-Problem standen neben der Laos-Krise im Mittelpunkt des zweiten Konferenztages. Beide Staatsmänner bekräftigten ihre Entschlossenheit, die Freiheit der Stadt zu verteidigen und sich der Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages mit „beiden deutschen Staaten“ zu widersetzen.

Nach Angaben der amerikanischen und der britischen Delegation hatten die weiteren Gespräche vor allem folgende Ergebnisse:

1. Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit der 15 NATO-Staaten auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet.

2. Entschlossenheit zu einer festen Haltung gegenüber der sowjetischen Forderung nach einem Rücktritt von UN-Generalsekretär Hammarskjöld und dessen Ersetzung durch ein dreiköpfiges Gremium.

3. Übereinstimmung über eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe.

Pekings größte Katastrophe

Dürre bringt Rotchinas Industrie in Schwierigkeiten

Warschau (ap). Der rotchinesische Botschafter in Polen, Wang Ping-nan, erklärte auf einer Veranstaltung der Gesellschaft für polnisch-chinesische Freundschaft in Warschau, die im vergangenen Jahr über weite Gebiete Chinas hereingebrochene Dürre sei die schlimmste Katastrophe, die China in diesem Jahrhundert erleiden mußte. Nach Angaben der polnischen Presseagentur pap teilte der Botschafter mit, daß die Dürre

rund 60 Prozent des anbaufähigen Landes in China betroffen habe. Von mehr als 20 Millionen Hektar Land seien im Jahre 1960 keinerlei Erträge erzielt worden. Trotzdem, so behauptete Wang Ping-nan, habe die Hungersnot keine Todesopfer unter der Bevölkerung zur Folge gehabt. Schwere Beeinträchtigungen habe es dagegen für die chinesische Leichtindustrie gegeben, die ihre Pläne nicht habe erfüllen können.

Keine allgemeine Mieterhöhung in Berlin

Nur für 1000 Wohnungen 1961 Verrechnung baulicher Verbesserungen

DT. Die Befürchtungen, daß die neue Altbauwohnungen-Verordnung zu einer weitgehenden allgemeinen Mieterhöhung führt, sind im Abgeordnetenhaus vom Senat nun auch offiziell entkräftet worden. In seiner Antwort auf eine Große Anfrage der SPD wies Bausenator Schwedler ausdrücklich irreführende Artikel einiger Zeitungen zurück. Er stellte fest, daß nach seinen persönlichen Schätzungen in den nächsten 12 Monaten nur bei etwa 1000 Altbauwohnungen (bis Juni 1948 bezugsfertig) eine Mieterhöhung infolge baulicher Verbesserungen eintritt. Auch die neuen Bestimmungen über den Untermietzuschlag und über das Wassergeld werden voraussichtlich kaum schwerwiegend ins Gewicht fallen. Eine allgemeine Mieterhöhung komme nicht in Frage.

Auf Einzelfragen eingehend, erklärte Schwedler, der Mieter müsse seine Zustimmung zu baulichen Veränderungen geben. Allerdings könne das Mieteinigungsamt auf Antrag des Vermieters den Mieter auch bei bestimmten Fällen zur Duldung baulicher Verbesserungen zwingen, die dann zu der Mieterhöhung von jährlich 14 Prozent der aufgewandten Kosten führten. Grundsätzlich müsse durch eine „bauliche Verbesserung“ eine „Wertverbesserung“ erreicht werden. Darunter falle zum Beispiel nicht der Neubau eines Ofens.

Zur Frage der Untermietzuschläge (monatlich 3 DM bzw. 5 DM) meinte der Bausenator, diese Bestimmung werde sich praktisch kaum auswirken, da immerhin fast nur freie Vereinbarungen getroffen worden seien. Bei rund 850 000 Berliner Wohnungen — davon 670 000 Altbauwohnungen — gebe es etwa 125 000 Untermietverhältnisse. Auch die „Umlegung“ des Wasserverbrauchs werde in der Regel kaum die Höhe der Miete ändern, da man den Prozentsatz (Wasserverbrauch mehr als 4 Prozent der Grundmiete) allgemein nicht erreiche.

Abschließend teilte Schwedler mit, der Senat sei nicht in der Lage, Mieterhöhungen als Folge der Altbauwohnungen-Verordnung durch Miet- oder Lastenbeiträge aufzufangen. Im Bundestag werde aber die Frage dieser Beitragen neu geregelt und vermutlich auch auf neue Gebiete angewandt.

Steuer für Dauerparker ?

Bei der Debatte über die Große SPD-Anfrage zur „Ver-

unreinigung des Stadtgebietes“ wies Wronski (CDU) darauf hin, daß fast 60 000 Dauerparker täglich auf den Straßen die Arbeit der Stadtreinigung erschweren. Man müsse sich überlegen, ob den durch diese „zweckentfremdende Benutzung der Verkehrswege“ entstehenden Mehraufwand nicht die Kraftfahrer bezahlen sollten, die ihn verursachten. Zuvor hatte Haase (SPD) vor allem die verschmutzten Straßen in den weniger dichtbesiedelten Stadtgebieten sowie die „Verunreinigungen“ auf Ruinen-

grundstücken, auf öffentlichen Plätzen in Nähe von Kleingärtnerkolonien und Imbißhallen und an S-Bahn-Böschungen kritisiert. Verkehrssenator Theuner kündigte die Bereitschaft der Stadtreinigung an, mehr zu tun, als man es nach den Vorschriften brauche.

Schätze im Keller ?

Im Verlauf der Fragestunde gab Volksbildungssenator Professor Tiburtius bekannt, daß sich alle zuständigen Stellen in Berlin bemühten, in der Frage der Bergung von Gegenständen des früheren Museums für Vor- und Frühgeschichte in der ehemaligen Prinz-Albrecht-Straße voranzukommen. Die Bergung sei allerdings erst möglich, wenn man den Schutt über den Kellern des Gebäudes abgetragen habe. Die genaue Anzahl der Gegenstände wisse niemand, es könne sich um 30 000 Stück handeln. Vermutlich habe aber alles nur „durchschnittlichen Wert“.

Die Fälschung des SED-Regimes

Flucht aus der Zone 20 mal so stark wie West-Ost-Wanderung

Berlin (dpa). Im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerungszahl war der Flüchtlingsstrom aus der Zone 1960 etwa zwanzigmal so stark wie die West-Ost-Wanderung nach Mitteldeutschland. Das erklärte der Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Franz Thedieck, in einem RIAS-Kommentar. Nach den von ihm genannten absoluten Zahlen waren 1959 rund 173 000 Personen, 1960 jedoch 225 000 aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet nach Westberlin und in die Bundesrepublik geflüchtet. Die Zahl der vom Statistischen Bundesamt verzeichneten Fortzüge nach Mitteldeutschland betrug dagegen 1959 rund 33 000 und sank 1960 auf 28 000.

Diese registrierten Zahlen lägen nach allen Erfahrungen nur verhältnismäßig gering unter der tatsächlichen Abwanderung nach Mitteldeutschland, weil für diejenigen, die die Bundesrepu-

blik verlassen, angesichts der garantierten Freizügigkeit in der weitaus überwiegenden Zahl kein Grund bestehe, den Weggang zu verheimlichen und etwa Hab und Gut zurückzulassen. Es seien also durchweg reguläre Umzüge.

Thedieck setzte sich mit den Versuchen des SED-Systems auseinander, durch „auf Erfindung oder Entstellung beruhende Meldungen“ den Eindruck von der Zunahme der Zahl angeblicher „Flüchtlinge aus Westdeutschland“ zu erwecken. Dabei versuche die SED, „die im wesentlichen völlig normale innerdeutsche Wanderungsbewegung von West nach Ost in einen politischen Demonstrationzug für den ‚Arbeiter- und Bauernstaat‘ umzufälschen“.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2

„Afrikaner sind keine Kommunisten“

Führer des Schwarzen Kontinents diskutierten politische Probleme in Kairo

v. V. Kairo (Eigenbericht)

„Im Schwarzen Kontinent brennt eine rote Fackel!“ Mit diesem Symbol, auf riesengroßen Plakaten aufgezichnet, begrüßt der Dritte Kongreß der Afrikanischen Völker die Hunderte von Delegierten, die aus allen Ländern Afrikas in Kairo zusammengeströmt sind. Sie wollen nach dem Ablauf des Jahres 1960 Bilanz ziehen und die Richtlinien für die Zukunft festlegen.

„Hände weg von Afrika! — Diskriminierung ist ein Schand für die Zivilisation!“ Solche und ähnliche Plakate, neben den überlebensgroßen Porträts von afrikanischen Führern wie Lumumba und Kenyatta werben in einer Form für die afrikanische Sache, die wenig Gutes vorausahnen läßt.

Würdigen Verhalten

Aber wenn man dann den großen Sitzungssaal im ehemals ägyptischen Senat betritt, wird man von dem würdigen Verhalten der Plenarversammlung angenehm enttäuscht. Von den etwa zweihundert Delegierten, die den Reden der Delegationsführer lauschen, sind nur einige zwanzig weißhäutig, Araber aus Nordafrika. Die anderen wirken durch die gleiche Hautfarbe durchaus als eine Einheit.

Dieser Gedanke einer afrikanischen Einheit ist es auch, der immer wieder in den Reden der prominenten Führer auftaucht: „Afrika, unser liebes Vaterland! — Afrikanische Tradition! — Afrikas Beitrag zur Weltentwicklung! — Zukunft unseres großen Kontinents!“

In sachlicher Form weisen die Führer auf die Notwendigkeit zunächst regionaler Zusammenschlüsse hin, die das Gerüst bilden sollen für die „Vereinigten Staaten von Afrika“.

Die Mehrzahl der Delegierten trägt europäische Kleidung, die Führer größtenteils heimische Tracht, die ihren in makellosem Englisch und elegantem Französisch vorgetragenen Reden einen eigenartigen Kontrast verleiht: Wenn der Nigier in einem hellblau-seidenen Gewand mit

dem grauen Pelzkäppchen keck über dem rechten Ohr die Rednertribüne betritt; wenn der Ghana-Vertreter die gelbe Toga wie ein römischer Senator über die Schulter wirft oder der Sprecher von Sierra Leone in weite violette Tücher gehüllt mit tiefem Baß die Versammlung anspricht: „Afrikaner! Freiheitskämpfer! Kameraden!“ Unter den Zuhörern eine üppige Abbessinierin, dekolliert im blau-weißen Staatsgewand, schön wie die schwarze Venus von Bayreuth. Der Applaus setzt zumeist ein, wenn Namen fallen wie Lumumba, Algier, Kenyatta, Nasser.

Drohend fügen die Redner hinzu, wenn sie vom Imperialismus sprechen: „... von welcher Seite er auch kommen mag!“ Die zahlreichen russischen und anderen kommunistischen Beobachter wissen genau, wer

damit gemeint ist. Der Neo-Imperialismus der Kommunisten ist von vielen Afrikanern in seiner Tendenz erkannt. „Die Afrikaner sind keine Kommunisten und wollen keine werden“, sagte der junge Kameruner Botschafter bei der arabischen Regierung in Kairo.

Pankow hetzt

Einer gemäßigten Botschaft Chruschtschows an den Kongreß steht eine haßerfüllte Erklärung der Sowjetzone gegenüber, die sich bemüht, den kalten Krieg in diese Versammlung zu tragen. Bonn wird hier beschuldigt, die Mörder Lumumbas gestellt zu haben. Während beide Erklärungen in Hunderten von Exemplaren an die Delegierten und Beobachter verteilt werden, wird eine freundschaftlich gehaltene Adresse Kennedys an die Afrikaner totgeschwiegen.

Innerdeutsche Rechtshilfe

Strafverfolgung von Voraussetzungen abhängig

Karlsruhe (ap). Die Bestimmungen des Gesetzes über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe sind nach einer Entscheidung des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichtes mit dem Grundgesetz vereinbar. Der Paragraph 11 dieses Gesetzes vom 2. Mai 1953 verpflichtet die Strafverfolgungsbehörden der Bundesrepublik, auch dann die Strafverfolgung gegen einen Täter einzuleiten, wenn er in der Sowjetzone bereits wegen derselben Tat verurteilt wurde, die sowjetzonalen Behörden die Bundesrepublik aber weder um die Vollstreckung des ergangenen Urteils noch um die Auslieferung des flüchtigen Täters ersucht haben.

Die Strafverfolgung ist nach der vom Bundesverfassungsgericht getroffenen Entscheidung jedoch von einer Reihe von Voraussetzungen abhängig:

1. Die in der Sowjetzone verfolgte Tat muß auch in der Bundesrepublik strafbar sein.

2. In den von den Gerichten der Bundesrepublik eingeleiteten Verfahren dürfen Art und

Höhe der Strafe nicht zum Nachteil der Betroffenen geändert werden.

3. Die in der Sowjetzone verbüßte Strafe muß angerechnet werden.

4. Ein neues Strafverfahren darf nicht durchgeführt werden, wenn das sowjetzonale Gericht den Täter freigesprochen hat oder wenn die Strafe bereits vollständig verbüßt ist.

Diese Vorschriften verstoßen nach Meinung des Bundesverfassungsgerichtes nicht gegen den Artikel 103, Absatz 3 des Grundgesetzes, der eine mehrmalige Bestrafung wegen derselben Tat verbietet. Ein solches Verbot könne nur gelten, wenn ein Gericht der Bundesrepublik bereits in der gleichen Sache entschieden habe.

In der Verlautbarung des Bundesverfassungsgerichts heißt es: „Die Gerichte in der Sowjetzone sind zwar deutsche Gerichte. Die Verfassung und das Verfahren dieser Gerichte stehen weithin im Widerspruch zu den „Vorschriften des Grundgesetzes.“ (Aktenz.: 2 BVL 17/60.)

Heißer Arbeitsmarkt

DT. Vor wenigen Jahren noch wäre eine Meldung aus Nürnberg als Sensation empfunden worden, die jetzt unauffällig in den deutschen Zeitungen zu lesen war. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist in Westdeutschland die Zahl der Arbeitslosen im März um über 129 000 auf nur noch rund 163 000 gesunken. Die Abnahme betrug 44 Prozent und war die größte, die bisher jemals in diesem Monat registriert worden ist. Zwar ist mit den jetzt festgestellten Arbeitslosen der Tiefstand vom vergangenen Herbst noch um rund 51 000 Kräfte überschritten. Nach allen Erfahrungen ist jedoch damit zu rechnen, daß die geringen Reserven in diesem Jahr sehr viel eher als im Herbst ausgeschöpft sein werden.

Übersteigt allein diese Entwicklung alle „klassischen“ Vorstellungen früherer Jahre von einem denkbaren Minimum an Arbeitslosen — die früher angenommene niedrigste Arbeitslosenquote von 4 Prozent beträgt jetzt nur noch den fünften Teil davon —, so erhält

Krise in Genf

Genf (ap/dpa). Die Delegierten der Genfer Atom-Konferenz vertagten sich am Wochenende drei Minuten nach Beginn der Sitzung, da sich niemand zum Wort meldete. Die westlichen Konferenzteilnehmer sind sich darin einig, daß die Haltung der Sowjets in der Frage des Vetorechts entscheidende Auswirkungen auf die Abrüstungsverhandlungen hat.

Präsident Kennedys Sonderbeobachter in Genf, Senator Gore, ist ganz überraschend nach Washington zurückgefliegen. Gore will noch vor dem Abschluß der Besprechungen Kennedy—Macmillan in den USA sein. Der plötzliche Rückflug Gores kam für die amerikanische Vertretung überraschend.

Auch der britische Chefdelegierte Ormsby-Gore hat die Konferenz verlassen und ist nach London zurückgekehrt.

diese Zahl ihr volles Gewicht erst durch die fast 580 000 unbesetzten Arbeitsstellen, die Ende März in Nürnberg registriert waren. Diese Zahl ist etwa dreieinhalbmal so hoch wie die der Arbeitslosen. Ein solcher Stand wurde erreicht in einem Monat, der den „Schock“ der Aufwertung brachte. Er scheint den kritischen Beobachtern recht zu geben, die vor einem Monat davor warnten, die Folgen der Aufwertung zu dramatisieren. Gerade die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist ein untrügliches Zeichen für die insgesamt ungebrochene Hochkonjunktur, die vielleicht schon bald trotz aller Dämpfungsmaßnahmen bedenkliche Formen annehmen könnte.

Wie maßgebliche Vertreter der Wirtschaft aus dem Ballungszentrum an Rhein und Ruhr in letzter Zeit erkennen ließen, war die Zahl der Arbeitnehmer, die dank der 40-Stunden-Woche zwei vollbezahlte Stellen innehaben, noch nie so groß wie jetzt. Konkrete Angaben darüber liegen leider nicht vor. Ohne diese zweifellos schon ungesunde „Reserve“ wäre die Zahl der offenen Stellen sicher noch größer. Wenn der Zentralbankrat sich nicht dazu entschließen konnte, die vielfach erwartete Diskontsenkung vorzunehmen, so dürfte er seine Entscheidung nicht zuletzt mit Rücksicht auf den überhitzten Arbeitsmarkt getroffen haben.

Belgrad klagt Albanien an

Jugoslawisches Weißbuch: Tirana plant Aufstand

Belgrad (upi/ap). Die jugoslawische Regierung hat Albanien in einem Weißbuch beschuldigt, insgesamt 675 Agenten in der Zeit von 1948 bis September 1960 nach Jugoslawien eingeschleust zu haben. Aufgabe dieser zum größten Teil bewaffneten Eindringlinge sei es gewesen, politisch Unzufriedene zu einem Aufstand gegen die Tito-Regierung zu bewegen.

Das Weißbuch teilt weiter mit, daß jugoslawische Gerichte seit 1957 115 albanische Agenten zu Gefängnisstrafen verurteilt haben. Das Weißbuch zählt 615 Grenzzwischenfälle auf, bei

denen 34 jugoslawische Armeeangehörige erschossen wurden. Seit 1948 sei es das Ziel der albanischen Regierung gewesen, durch einen gewaltsamen Umsturz in Jugoslawien Teile von Mazedonien, Serbien und Montenegro an sich zu reißen.

Wahrscheinlich als Vergeltung für die Ausweisung eines albanischen Gesandtschaftssekretärs aus Belgrad hat die albanische Regierung den jugoslawischen Gesandtschaftsattaché Agovic aus Tirana ausgewiesen. Agovic wurde der Spionage und der „feindlichen Tätigkeit“ bezichtigt.

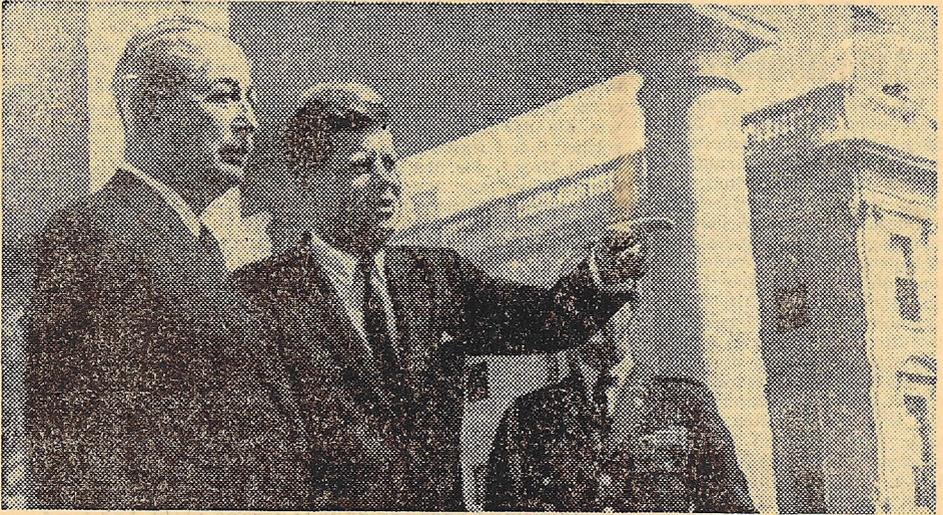
Wyszynski nach Rom

Vatikanstadt (dpa). Der Primas der römisch-katholischen Kirche in Polen, Kardinal Wyszynski, wird voraussichtlich Ende April nach Rom fahren. Wie es in Vatikankreisen heißt, sei dieser Besuch schon seit Dezember vergangenen Jahres geplant gewesen, doch habe die augenblickliche Situation der katholischen Kirche in Polen ihn jetzt dringend gemacht.

Der polnische Parteichef Gomułka hatte kürzlich erklärt, der Vatikan nehme eine „feindselige Haltung gegenüber den Volksdemokratien“ ein und versuche, der römisch-katholischen Hierarchie in Polen seine Haltung aufzuzwingen.

Zind darf bleiben

Rom (ap). Die höchste gerichtliche Instanz Italiens, der Kassations-Gerichtshof, hat die Auslieferung des Offenburger Studienrates Zind an die Bundesrepublik abgelehnt. Zind, der in Deutschland wegen antisemitischer Äußerungen rechtskräftig verurteilt ist, befindet sich gegenwärtig in italienischem Gewahrsam. Der Gerichtshof erkannte in seiner Entscheidung Zinds Argument an, daß er aus politischen Gründen verurteilt worden sei. Das deutsch-italienische Auslieferungsabkommen sieht aber die Auslieferung von aus politischen Gründen Verurteilten nicht vor.



BILDER DER WOCHE. Oben: Präsident Kennedy zeigt seinem Gast, dem britischen Ministerpräsidenten Macmillan, den Garten des Weißen Hauses in Washington. — Unten: Der Berliner Senator Tiburtius (rechts) überreicht dem Schauspieler und Regisseur Victor de Kowa das Bundesverdienstkreuz I. Klasse.

